


Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 8 Uhr. Bezugspreis wird monatlich festgesetzt. Bestellungen nehmen alle Postämter und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle, Förgangerstr. 3, entgegen. In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erfolgt jeder Anpruch auf Lieferung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.

Amtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1. Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpf., im Reklameteil 30 Goldpf., einseit. Umrahmung. Schmelz- und Ladungsfreier Satz mit Aufschlag. Anzeigen-Annahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 9 Uhr. Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten. Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbez. H.

Fernsprech-Anschluss Nr. 224.

Nr. 22. Sonnabend, den 18. Februar 1928. 31. Jahrg

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- * Am Reichstag wurde eine anderweitige Bestimmung der Pfändungsgrenze bei Lohn- und Gehaltspfändungen angenommen. Ferner bewilligte der Reichstag zehn Millionen für Zwangsrente bei Rentnerrenten.
- * Die Vollzugsanstalt in Berlin hat einen Verkauf deutscher und österreichischer Zeitungen auf den Straßen verboten.
- * In Genf sollen die Beratungen der Vorbereitenden Abrüstungskonferenz am 15. März beginnen.
- * In Berlin haben Schlichtungsverbände im Metallarbeiterkongress im Reichsarbeitsministerium fastgesprochen.

Krisen im Volk — Krisen im Staat.

Wir leben in einer prozessüberfüllten Zeit; die Gerichte arbeiten fieberhaft, um mit den Nachkriegs- und Inflationsjahren allmählich wenigstens aufzuräumen, und sogar der ewige Darmat-Prozess verpricht demnächst doch noch bis zum Urteil — erster Instanz natürlich! — zu gehen. Aber alle diese mehr das politische und das geschäftliche Gebiet berührenden Prozesse werden weit in den Schatten gestellt durch die Tragödie des Siegliger Schülermordprojektes, der wie kein anderer in die tiefsten Unter- und Hintergründe des öffentlichen Lebens unter den Augen hineinleuchtet und deshalb mit seinen zahlreichen Bekehrungsmissionen eine wahre Fundgrube für die Erkenntnis unserer heutigen gesellschaftlichen Zustände sein und bleiben wird.

Man könnte sich verhältnismäßig leicht mit den Erfahrungen dieses Prozesses abfinden, wenn man sagt, hier liegt nur ein Sonderfall vor: eine Familie, die in ungewöhnlicher und feinsinnig auch nur für bestimmte Kreise der großstädtischen Bevölkerung maßgeblicher Leichtfertigkeit ihr Haus besetzt oder vielmehr nicht besetzt und dadurch die eigenen Kinder in Not und Gefahr und durch diese wiederum andere junge Menschen und deren Angehörige ins Unglück gedrückt haben. Dann dürfte man sich dabei beruhigen, mit der öffentlichen Aufmerksamkeit eines solchen Familienlebens, wie es nicht sein soll, ein weißlich-schwarzes Warnungssignal ausgerichtet zu haben. Aber die Familie Scheller sagt selber von sich aus, daß man sie in der Vergangenheit noch als pflichthaft verhält habe, weil sie an dem Verhalten der Kinder von Zeit zu Zeit noch etwas anzusehen geschehen hätte. Und die Tatsache, daß diese Kinder unter den Augen der Schule und der Nachbarschaft eine ganze Weile völlig ungestört sich ihrem Treiben hingeben konnten, bis ihm die Katastrophe einer durchgedrungenen Nacht mit ihren blühenden Knabenleuten ein jähes Ende bereitere, widerspricht gleichfalls der bequemen Gewissensentschlüpfung, daß man auch hier nicht veralgemeinern dürfe. Nein, man soll gewiß nicht veralgemeinern, aber der aufreizenden Wirkung dieser Enthüllungen aus einem modernen Familienleben kann sich kein fühlender Mensch entziehen; und in der Tat rühren sich ja allerwärts Verbände und Zweckvereinigungen, um wenigstens irgendeine tröstlichen Neben aus diesen Prozeßberichten zu ziehen oder darüber zu berichten, was man geschehen müsse, damit kein solches Uebel dieser Zeitfruchteln Einhalt getan werde. Darüber bedarf es gewiß gar keines Beweises, daß unsere Jugend im ganzen nicht so beschaffen ist wie die traurigen Helden dieses Prozesses, die lebenden und die toten. Aber wir wollen, daß sie auch so nicht wird und daß also die Ursachen, die den Günter Scheller und den Hans Stephan und auch den Hans Strang zu so häufigen Entsetzungen der jungen Generation gemacht haben, beseitigt werden. Und so betrieblend es ist, es muß doch hinzugefügt werden, daß auch die Handhabung der Justiz in diesem Falle leider sich nicht auf der Höhe ihrer Aufgabe gezeigt hat. Das gilt für die beteiligte Staatsanwaltschaft ebenso wie für die Verhandlungsführung und zuletzt auch für den Angewandten seiner jungen Mandanten im Stich zu lassen für nichtig gehalten hat. Hier wird es an allen Ecken und Enden die beferrnde Sand anzuwenden geben, wenn erst der Prozeß zu Ende geführt sein wird.

Einstweilen ist er an menschlichen, also menschlichen Unzulänglichkeiten gescheitert, genau so wie unsere Reichsregierung. Ein vor ziemlich genau einem Jahr begonnenes Experiment ist früher, als es eigentlich beabsichtigt war, zu Ende gegangen, und die Abgangszahl, die die beteiligten Parteien sich gegenseitig ausstellen und die ihnen insgesamt von ihren politischen Gegnern ausgefüllt werden, klingen nichts weniger als allmählich.

Wann wird gewählt?

Großwahltag in Aussicht.

Das Reichsstatistikamt tagte Freitag von früh ab bis in die Abendstunden und bereitete über die endgültige Festsetzung des parlamentarischen Wahlprogramms, dessen Fertigstellung und Annahme durch die Parteien gleichzeitig Auffassung über den Termin der Reichstagswahlen bringen sollte. Großen Raum in den Kabinettsberatungen nahmen die landwirtschaftlichen Forderungen und Notwendigkeiten ein.

Sin und her.

Das Sin und Her der politischen Verwirrung in Berlin nahm am Freitag mittler beängstigende Formen an. Neben Augenblick wurden föhnt auf den Reichstag wie in den sonstigen politisch interessierten Kreisen Gerichte zu Duzenden kolportiert, die sich einen Augenblick später als unrichtig herausstellten. Vormittags früh fuhr das Kabinett in seiner Dauer Sitzung mit der Annahme des Wahlprogramms fort; aber auch in den späteren Nachmittagsstunden dauerten diese Beratungen noch an. Am Reichstag kündigte der Präsident an, daß jedenfalls heute noch nicht die beschriebene Pause in den Arbeiten eintreten könnte. Unter Umständen müßte Sonnabend weitergearbeitet werden, wenn nicht gar in einer Nachtstunde die Arbeit angehalten werden müßte und dann ebenfalls der Schlaf seine Natürlichkeit durch die Aufstörung, die infolge der nicht behobenen Meinungsverschiedenheiten der Parteien eintreten könnte. In der Nachtstunde sollte dann gegebenenfalls der Reichstag als Notparlament erledigt werden, ehe man sich ja Wahlarbeiten in den jeweiligen Heimorten benebe.

Es herrschte ebenfalls allgemeine Unruhe, da der Wunsch des Reichspräsidenten die dringenden Arbeiten zu erledigen, auf feste Hindernisse stieß. Einzelnes war die Rede von erheblichen Forderungen für die Landwirtschaft, die über die Bewilligungsfähigkeit sowohl der bisherigen Oppositionsparteien wie auch einzelner Glieder der Regierungsparteien hinausginge, auf die

So gilt es nun, die ganze Kraft zusammen auf die nächste Zukunft zu konzentrieren und einen neuen Reichstag aus den Wahlen hervorgehen zu lassen, der leichter Koalitionsbildungen ermöglicht, als sie in den letzten Jahren gelingen wollten. Die Linksparteien hoffen auf das Mehr von 30 Mandaten, das ihnen bisher gefehlt hat, um allein, aus eigener Kraft, die neue Regierung zu stellen und die Geschäfte in Preußen, ähnlich, wie sie es in Preußen seit vielen Jahren tat, ohne Rücksicht auf abweichende Meinungen und Weltanschauungen zu führen. Die Reichsparteien werden sich natürlich gegen die ihnen zugedachte Ermächtigung nach Kräften zur Wehr setzen — nur sehr man vorläufig noch nicht recht wissen, in welcher Reihenfolge die Parteien in die Regierung einziehen werden wollen. Denn zwischen Deutschen und Deutschen Volkspartei ist plötzlich ein breiter Riß entstanden, und das Zentrum, das bei den wahrscheinlich gleichzeitig vorzunehmenden Reichswahlen die dortige Koalition mit den Sozialdemokraten zu vertreten und zu erneuern haben wird, ist im Reich unverbunden in eine weltanschauliche Gefährdungs- und Kampfgemeinschaft mit den Deutschen Nationalen hineingeraten. Es wird für die Parteien nicht ganz einfach sein, die Wähler im Lande über die sich so ergebenden politischen Zusammenhänge und Gegenläufe einigermaßen einleuchtend zu orientieren. Dr. Sz.

Regierungsdenkschrift über Spitterparteien.

Die vor einiger Zeit angekündigte Denkschrift der Reichsregierung über die Spitterparteien ist jetzt den Parteien zugegangen. Zur Grundlage werden das Reichstagswahlrecht und die Wahlrechtsbestimmungen in den einzelnen Ländern gemacht. Dann folgen Angaben darüber, ob bei Einreichung der Wahlvorläufige Selbstnennung gefordert, ob amtliche Stimmzettel eingeführt und ob und wie die Parteien zu deren Kosten herangezogen werden.

Kantionen sind gefordert für die neuen Parteien in Mecklenburg-Schwerin 3000 Mark, in Hessen 5000 Mark, in Mecklenburg-Schwerin 2000 Mark und in Sachsen 3000

aber die Deutschen Nationalen nicht verzichten zu können laubten. Ferner sprach man von der aus dem Zentrum gekommenen Meinung, Reichstags- und Reichswahlen auf den gleichen Termin fallen zu lassen. Hier tauchte sofort aber der preussische Etat auf, der auch noch nicht erledigt ist und über dessen Fertigstellung man bei einer baldigen Auflösung des Preußenparlamentes stolpern könnte. Weiter soll auch der Bund ausgebrocht worden sein, die Landtagswahlen in Baden mit den Reichs- und Reichswahlen zu verbinden. Alles das war etwas bis auf einmal und man kann es sich denken, daß selbst in dem finsternen Abgeordnetenrat die Dinge etwas durcheinandergingen. Eines ist sicher: daß die Reichstagswahlen bevorstehen. Wann und wie, ließ sich Freitag nachmittag noch nicht übersehen. In der sozialdemokratischen Presse war schon die Rede von irgend einem Märztag, andererseits wurde wieder am April oder Mai seefesthalten.

Alles wartete gespannt auf die für abends angelegte Entscheidung des Reichsstatistikamts. Die Meinung war überall die: Falls irgendeine Einigung über die Erledigung des Wahlprogramms nicht herbeigeführt werden könnte, müßte die Auflösung des Reichstages sofort erfolgen. Die sozialdemokratische Reaktion hat erklärt, sie würde den Etat mit vorbehaltlich, bestimme sich aber aus, daß die bisherigen Regierungsparteien Anträge auf Erhöhung von Postitionen im Etat selbst und im Nachtragsetat von 1927 nicht stellen werden; das Landtagsgesetz und auch ein Überleitungs-gesetz für den Straßburgerbund sollte sie annehmen. Auf dem Reichspräsidenten von Hindenburg keineswegs erklärt habe, er würde sich mit dem Auseinandergehen des Reichstages nicht einverstanden erklären, bevor nicht die landwirtschaftlichen Forderungen erledigt seien. In einer landwirtschaftlichen Versammlung zu Halle hatte ein Redner behauptet, der Reichspräsident habe diese Forderung gegenüber einer landwirtschaftlichen Versammlung in den letzten Tagen gemacht. Das amtliche Demoskoffielte sich, daß Hindenburg in den letzten acht Tagen überhaupt keine landwirtschaftliche Forderung empfangen habe. Die Forderung anderer verbreiteter Gerichte erwidert sich, daß sie eigentlich nur Zeugnis ablegen für die herrschende Caregema, im Abigen oder ohne Bedeutung sind.

Mar. In allen Ländern besteht der amtliche Einheitsstimmzettel. In den meisten Ländern trägt das Land die Kosten selbst.

An Unterschriften fordert das Reich 500, Preußen 500, Bayern 20, Sachsen 500, Württemberg 10, Baden zwei Prozent der bei der vorherigen Landtagswahl im Wahlkreis Stimmberechtigten. Thüringen 2000, Hessen 7000, Hamburg 30, Mecklenburg-Schwerin 3000, Oldenburg 20, Braunschweig 1000, Vorpommern 25, Lippe 30, Lübeck 30, Mecklenburg-Schwerin 150, Waldeck 500, Schaumburg-Lippe 30.

Neue Parteigruppen. Nachdem die in Frage kommenden politischen Parteien es abzuwehren, Vertreter des Reichsbundes der Frauen und Grundbesitzervereine Deutschlands auf ihre Wahlliste zu setzen, wurde in Halle die Frau- und Grundbesitzerpartei gegründet, die zu den bevorstehenden Reichs- und Landtagswahlen eigene Listen aufstellen wird.

Die Reichstagsabgeordneten Döblich, Dorich und Sänke haben sich im Reichstag zu einer selbständigen Parteigruppe unter dem Namen Christlich-nationale Bauernpartei zusammengeschlossen. Alle drei Abgeordneten gehören bisher der Deutschen Nationalen Partei an. Abg. Döblich vertritt den Wahlkreis 12 (Ehringen), Abg. Dorich ist im Wahlkreis 33 (Hessen-Raffau) gewählt.

Das deutsche Eigentum in Amerika.

Amerikas Gegenansprüche. Die Beratung der Freigabe für das ehemals feindliche Eigentum, die vom Amerikanischen Senat angenommen wurde, wurde durch eine Rede des Senats-Smoot eröffnet, in der er zunächst darauf hinwies, daß die Vorlage nunmehr endlich erledigt werden müßte, damit die Ansprüche der amerikanischen Bürger an die deutsche Regierung befristet und das so lange zurückgehaltene deutsche Privateigentum zurückgegeben werden könnten. Die Ansprüche amerikanischer Bürger betragen 191 700 000 Dollar, ungenutzt die Forderungen der Regierung der Vereinigten Staaten in Höhe von 62 200 000 Dollar, die die Freigabe nicht unbedingtes Recht hat.

Die Vorlage fordert den Präsidenten auf, mit der deutschen Regierung über die Zulassung von verpätet angemeldeten Anträgen zu verhandeln. Es sind insgesamt etwa fünfzehnhundert Fälle, denen eine Nachfrist bis zum 1. Juni 1928 gewährt werden soll.

Das deutsche Privatvermögen, das auf zwanzig Millionen Dollar geschätzt wird, bis auf vierzig Prozent oder vierzig Millionen Dollar sofort zurückgegeben werden. Bei Anträgen unter zwanzig Millionen Dollar soll kein Abzug gemacht werden. Falls die Vorlage angenommen wird, werden zunächst etwa 20 Millionen Dollar oder über 800 Millionen Goldmark an deutsche Verleihung zurückzuführen.

Weiter wird aber auch gefordert, daß im Senat nur geringes Interesse für die Erledigung vorliegt. Bei der Rede des Senators Smoot waren nur fünf Senatoren anwesend, so daß die Debatte noch nicht in Fluß kam. Die Anwesenden für eine baldige Regelung der Freizugfrage fallen trotzdem nicht folgerichtig sein.

Abbrüstungskonferenz am 15. März.

Die Tagung in Genf.

Der schweizerische Präsident der Vorbereitenden Abrüstungskonferenz, L. Oudinot, hat einem von der Kommission im Dezember letzten Entwurfs gemäß die Kommission auf den 15. März zu ihrer fünften Session nach Genf einberufen. Die Tagesordnung dieser Session enthält folgende Punkte:

Stand der Arbeiten des Schlichtungs- und Sicherheitskomitees, das sich am 29. Februar in Genf vereinigt wird. Prüfung der von der sowjetrussischen Delegation am 30. November 1927 unterbreiteten Vorschläge. (Diese Vorschläge sind von L. Oudinot verfaßt und betreffen die allgemeine Abrüstung.) Stand der Arbeiten der Kommission zur Vorbereitung der Abrüstungskonferenz.

Die Tagung soll entscheidende Stellung einnehmen zu der Gesamtaufgabe der Abrüstung, dem Sicherheitsproblem und zur Einberufung der großen internationalen Abrüstungskonferenz.

Deutscher Reichstag.

(333. Sitzung.) OB. Berlin, 16. Februar.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärte Abg. Süder (Komm.), die Ereignisse der letzten Tage erforderten es, offen im Reichstagsplenum die Frage der Vorbereitung der nächsten Aufstellung des Reichstages anzuführen. Seine Partei fordere Schluß mit dieser Regierung und mit diesem Reichstage. Der Redner verlangte sofortige Beratung des kommunizierten Antrages auf Auflösung des Reichstages. Da gegen die sofortige Beratung Widerspruch erhoben wurde, war die Angelegenheit zunächst erledigt. Das Haus legte dann die zweite Beratung des Etats bei.

Reichsarbeitsministeriums

beim Kapitel „Siedlungsweien“ fort.

Abg. Blüthel (Soz.) forderte unverzügliche Maßnahmen, um der Landflucht der deutschen Landarbeiter durch Verbesserung der Wohn-, Nahrungs- und Arbeitsverhältnisse entgegenzuwirken. Notwendig sei eine Freizugverbilligung für die für Siedlungsarbeiten bestimmten Bauern.

Abg. Gieseler (Soz.) forderte in einer Entschließung Maßnahmen, um der Landflucht der deutschen Landarbeiter und ihrer Verdrängung durch ausländische Wanderarbeiter mittels Verbesserung der Lohn-, Nahrungs- und Arbeitsverhältnisse für die heimischen Landarbeiter entgegenzuwirken.

Abg. Westphalen (Ztr.) begründete Entschließungen, in denen verlangt wird, daß die Subventionierten Siedlungsstellen bis zum 1. Juli eine genaue Geschäftsbilanz über das erreichte Ergebnis vorlegen. Auf die Länder soll darin eingewirkt werden, daß sie ihre Siedlungsbedeutung zu den gleichen Bedingungen gewähren wie das Reich.

Abg. Weichmann (D. Vp.) warnte vor Verlagerungen bei der Verteilung der Siedlungsstellen in der Landwirtschaft. Mit Siedlung allein könne die Zerstörung nicht gefördert werden, denn die auf der Landwirtschaft im allgemeinen liegenden Mängel sind in noch härteren Maße die Fehler.

Abg. Behrens (Ztr.) erklärte, die Schuld an dem schlechten Zustand der Landwirtschaften liege zu großem Teile bei der preussischen Regierung, die niemals ausreichende Mittel für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt habe.

Abg. Bus (Komm.) meinte, die Siedlungspolitik des Reiches und Preussens hätte vollkommen buntrot gemacht. Die sozialdemokratischen Verbesserungsanträge seien nicht ernst zu nehmen.

(334. Sitzung.) OB. Berlin, 17. Februar.

Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragte Abg. Tzagler (Komm.), den kommunizierten Abbrüstungsantrag gegen die Reichsregierung sofort auf die Tagesordnung zu setzen. Da aus dem Hause Widerspruch erhoben wird, konnte dem Antrage nicht stattgegeben werden. Das Haus beschäftigte sich weiter mit der zweiten Beratung des Etats des Reichsarbeitsministeriums.

Präsident Eibe teilte mit, daß er die Absicht habe, die Beratung heute zu Ende zu führen und ebenso alle damit zusammenhängenden Abstimmungen zu erledigen. Das Zusammenstellen des Reichstages werde ja auch aus anderen Gründen notwendig sein und er bitte die Abgeordneten, sich darauf einzurichten.

In der weiteren Behandlung des Abschnitts „Siedlungsweien“ erklärte Abg. Albrecht (Ztr.), die Wohnbedeutung der Siedlung werde von weitem Volkswirtschaften immer härter erkannt. Er empfahl schließlich eine Entschließung, worin u. a. gefordert wird eine wesentliche Verringerung der Preisstempel zwischen dem Verkaufspreis des Siedlungslandes durch die Siedlungsstellen und den Angebotspreis, den diese von den einzelnen Siedlern fordern, weiter die Aufnahme neuer Auslandsanträge zur Zinssetzung für die Siedlungsbedeutung.

Damit ist die Aussprache über dieses Kapitel erledigt. Es folgt die Beratung des Verordnungsweiens.

Abg. Pöschel (Soz.) bedauerte die langsame Erledigung der Verordnungsanträge durch ärztliche Dienststellen. Das Verhältnis zwischen Ärzten und Krankengeldern sollte in der nächsten Zeit geregelt werden, daß die Krankengelder dabei nicht zu kurz kommen.

Abg. Knoll (Ztr.) hielt ebenfalls zurzeit eine Auflösung der Verordnungsämter für unmöglich. Die Heilbehandlung müsse noch ausgebaut werden.

Abg. Biegler (Komm.) trat für das Recht der Kriegsbeschädigten auf Heilbehandlung ein. Damit schloß die Einzelanfrage.

Seine Reichstagspraxis.

Präsident Eibe möchte darauf aufmerksam machen, daß der Reichstag nicht wie beabsichtigt heute eine Pause eintreten lassen werde, sondern daß auch noch mit der Möglichkeit einer Sitzung am Sonnabend gerechnet werden müsse. Zu diesem Zwecke werde der Reichstag heute noch aufgenommen. Ein am

Wend werde der Termin der nächsten Reichstagsagung festgesetzt werden können.

Abstimmungen.

Der kommunizierter Abbrüstungsantrag gegen den Reichsarbeitsminister wurde gegen die Antragsteller und Nationalsozialisten abgelehnt. Gegen die Stimmen der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen wurde eine Abstimmungsentscheidung angenommen, in solchen Fällen, in denen sich aus dem Verhalten der Antragsteller offenkundig eine Absicht ergibt, das Mittel der Tarifparteilichkeit einer Schlichtungsstelle nach dem Prinzip der gegenseitigen Fürsorge zugrunde zu legen, die den Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung erschöpfen lassen würde.

In einer anderen Entschließung wird die Arbeitslosenunterstützung auf 100 Prozent der durchschnittlichen deutschen Bevölkerung und der Beschäftigten der deutschen Sprache im internationalen Arbeitsmarkt festzusetzen. Weiter soll dahin gewirkt werden, daß die öffentlichen Arbeitsstellen auch denjenigen Angehörigen der anderen Sprachen zugrunde kommen, die den Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung erschöpfen lassen würde.

Mit Beifall für Zwecke von Ausbildung von Personen, die ihren Grund gesetzlicher Bestimmungen zur Vertretung der Arbeitnehmer berufen werden, werden 500 000 Mark neu in den Etat eingelegt. Ferner werden Gesetzentwürfe zur Regelung der Beschäftigung von Kindern in der Landwirtschaft und über die Haftung zum Betriebsübergang bei demokratischer Entlassung, fünf Millionen Mark zur Förderung der Landarbeitervermittlung für Zweierbilligung bei Aufnahme von Bauarbeiten bereitgestellt, wurde in namentlicher Abstimmung mit 198 gegen 164 Stimmen bei zwei Enthaltungen angenommen.

Viele Anträge und Entschließungen wurden dem Sozialpolitischen Ausschuss überwiesen. Der Etat des Reichsarbeitsministeriums wurde im wesentlichen nach dem Vorschlag des Haushaltsausschusses angenommen. Ein deutschnationaler Antrag, der in der Hauptsache zum Betriebsübergang bei demokratischer Entlassung, fünf Millionen Mark zur Förderung der Landarbeitervermittlung für Zweierbilligung bei Aufnahme von Bauarbeiten bereitgestellt, wurde in namentlicher Abstimmung mit 198 gegen 164 Stimmen bei zwei Enthaltungen angenommen.

Die Beschlüsse der Abstimmungen über die Betriebsratswahlen enthält, wobei in der Sitzung des Sozialpolitischen Ausschusses angenommen.

Der Gesetzentwurf, der die Lohn- und Gehaltsfindungsangelegenheit am 15. März in zweiter und dritter Beratung angenommen.

Angekommen wurde auch die Abstimmungsentscheidung auf Förderung der Arbeit im Export im ersten Teil. Weiter wurde der vom Ausschuss eingebrachte Gesetzentwurf angenommen, wonach zehn Millionen Mark zur Gewährung von Zwischenrenten für den Kleinwohnungsbaun ausgeschrieben werden sollen. Damit war der Haushalt des Reichsarbeitsministeriums erledigt.

Unterbrechung der Sitzung.

Präsident Eibe wies darauf hin, daß vor der Festlegung der nächsten Sitzung noch Verhandlungen mit der Regierung notwendig seien. Er rieferte an das Haus die Frage, ob bis dahin noch über den nächsten Etat Beschlüsse gefaßt werden bis zu 18 Uhr unterbrochen werden sollte. Als sich die Mehrheit für Unterbrechung der Sitzung entschied, meinte der Präsident, er nehme an, daß das nicht aus konstitutioneller Sicht gesehen sei (Pöschel). Inzwischen wird der Reichstag zusammengetreten.

Am 18 Uhr erfolgte Neuanfang 18 Uhr die Sitzung wieder. Er schloß vor, die nächste Sitzung am Sonnabend abzuhalten und die Beschlüsse des Ausschusses des Reichstages für den Reichstag und Ausschüsse zu setzen. Der Präsident erklärte weiter: Für den Fall, daß die Verhandlungen zwischen den Parteien über die Erledigung des Programms bis 31. März zu keinem Ziel führen würde, ich verhoffe, daß die morgige Tagesordnung die erste, zweite und dritte Lesung eines Gesetzes vorsehen, um dann die Auflösung des Reichstages nach Erledigung dieses Gesetzes möglich zu machen. Der Reichstag hat beschlossen, die Angelegenheit der von einzelnen Parteien Wünsche für die Tagesordnung der Sonnabendung vorzutragen werden, trat das Haus den Vorschlag des Reichstagspräsidenten bei und vertrat sich auf Sonnabend.

Preussischer Landtag.

(344. Sitzung.) u. Berlin, 16. Februar.

Bei der Beratung des Haushalts des Innenministeriums ergreift das Wort, wobei er u. a. ausführt: Der kritisierte Etat über die Verteilung...

Die Verhandlungen für das Schlageter-Denkmal habe sich dagegen richten sollen, daß ein Sammelheft entsetze aller Gegner des Staates, die vielleicht auch entschlossen seien, mit Gewalt vorzugehen. (Sehr viele Zwischenrufe rechts.) Im Jahre 1923 hätte am Grab Schlageters vom Oberpräsident ein Kranz mit schwarz-rot-goldener Schärpe niedergelegt werden sollen, er sei aber mit dem Bemerkung „Annahme verweigert“ zurückgewiesen worden. (Stürmische anhaltende Unterbrechungen rechts.) Der Minister erklärte weiter, daß von einer Unterbrechung der preussischen Staatsregierung gegen die Beamten keine Rede sein könne. Zu der besonders hart angegriffenen...

Zugangsunterbrechung

miße zunächst einmal die Entscheidung des Staatsgerichtshofes abgewartet werden. Im übrigen sei ja vom Ständehaus Antrag angenommen. (Zuruf rechts.) Durch Schließung u. a. durch der Geschäftsordnung.) Der Minister erklärt weiter, es sei in der ganzen Welt selbstverständlich, daß die Reichs- oder Landesparlamente an nationalen Feiertagen geschlossen werden. (Anhaltende Unterbrechungen rechts.) Zur...

Berlinanfrage

erklärt der Minister, er hoffe, daß diejenigen Parteien, die jetzt nach ihr rufen, auch der Mut besitzen werden, nachher mitzukommen. In der Vorlesungzeit sei die Arbeitslosigkeit bei den Beamtenhöfen geringfügig worden. Die deutschen nationalen hätten die Republik für die Verfassungspolitik eine Bewusstseinsfrage, die Republik sei ihnen hier sehr weit entgegenkommen. (Lärm bei den Deutschen Nationalen.) Wenn es die Deutschen Nationalen im...

Die Abg. Jordan-Waldenburg (Ztr.) und die Abg. Gieseler (Soz.) erklärten den Ausführungen des Ministers entgegen. Dann wird die Weiterberatung vertagt.

(345. Sitzung.) u. Berlin, 17. Februar.

Das Haus nimmt gegen die Stimmen der Oppositionsparteien die Verlängerung des Gewerbeversicherungsgesetzes bis 31. März 1929 an. In der Debatte wurde von den Rednern der Opposition namentlich die Verzögerung der Konsumvereine durch das Gesetz bemängelt. Angenommen wurde noch ein Zusatzantrag, möglichst bald der Gewerbeversicherungsgesetz den dreijährigen Durchsichtsertrag zugrunde zu legen und in gleicher Weise auf das Reich anzuwenden. Ein kommunizierter Zusatzantrag gegen den Handelsminister verließ der Mehrzahl.

weil er dann folgenden vorläufigen zweiten Beratung des Haushalts des Innenministeriums im Haus des Reichstages am 17. Februar 1929.

Äußerliche Mitteilungen.

Abg. Dr. Samburger (Soz.) kam in seiner Rede auf den Fall Schlageter zu sprechen. Der Abgeordnete erklärte: Schlageter ist für uns kein nationaler Held, weil er mit demselben Maß, mit dem er gegen Volk und Eigentum der Fremden vorging, auch das gleiche gegen sein Volk und Eigentum der eigenen republikanischen Volksgenossen (stürmische Unterbrechungen und Pfeife bei den Deutschen Nationalen; die Deutschen Nationalen verließen bis auf wenige Mitglieder den Saal). Stellung verhalten wiederum die 10 000 deutschen Arbeiter, die damals für die deutsche Sache gekämpft haben.

Abg. Dr. v. Campe (D. Vp.) erklärte, einer der Gründe, aus denen seine Partei nicht mehr in der Preussischen Regierung mitarbeiten wollte, sei gewesen, daß die Sozialdemokratie noch größeren Einfluß in der Verwaltung verlangte. Die Worte, erklärte er weiter, die der Sprecher der Sozialdemokratie über Schlageter geäußert hat, mußte jedem die Schamröte ins Gesicht treiben. Wenn Hammer wie Caries und Oberbürgermeister Wilms aus Düsseldorf in dem Anschluß für das Schlageter-Denkmal säßen, so habe der Minister zu berücksichtigen sein. Wenn transgibische Offiziere von dem ersten Schlägerer Minister das auch tun. (Beifall bei der Rede.)

Minister Gieseler hält den Entschluß nicht Schlageters wegen, sondern wegen der Agitation, die mit der Sammlung getrieben werde.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich

Deutsch-russische Wirtschaftsbeziehungen.

Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Deutschland und der Union der Sowjetrepubliken, die im Auswärtigen Amt zu Berlin begonnen haben, sind im Laufe der letzten Tage weitergeklärt worden. Der Vorklärung der deutschen Regierung hat in Leningrad die deutsche Mission über die deutsch-sowjetrussischen Wirtschaftsbeziehungen darlegt. Auf diese Ausführungen hat der russische Vorklärung geantwortet und seinerseits die grundsätzliche Auffassung der Sowjetregierung zu den Fragen der beiderseitigen Wirtschaftsbeziehungen zum Ausdruck gebracht. Nach diesen grundsätzlichen Darlegungen sind die beiden Delegationen in eine erste allgemeine Aussprache der vorgeschlagenen Verhandlungsmaterialien eingetreten. Diese allgemeine Aussprache wird voraussichtlich am Freitag zum Abschluß gelangen. Sie soll unmittelbar durch die Arbeit der Kommissionen abgeleitet werden.

Reichsstatistik und gegen Kinossteuerabgab.

Der Reichsstatistikteil teilt mit, daß er sich mit Entschiedenheit gegen den von der Filmindustrie in ihrer Eingabe an das Reichsstatistikamt geforderten Abbau der Kinossteuer wendet, die das Kernstück der gemeindlichen Vermögenssteuer bildet und deren Abschaffung die Einkommensteuer der Filmindustrie annehmbar machen würde. Eine Vorlage des Reichsstatistikamtes über die Aufhebung der Kinossteuer und der Sitzplätze nicht anerkennen werden. Auch würde eine weitere Steuererhöhung weder dem Publikum noch der filmwirtschaftlichen Kulturproduktion zugute kommen. In Folge eines ungenügenden Steuerabgabens würde eine wirksame Kultur- und Schrittmehr als bisher begünstigende Stellung der Steuerfälle zu fordern.

Volksbegehren in Mecklenburg-Schwerin gefordert.

Die mecklenburgische Landvolkversammlung vom 3. Februar v. S. hatte an die Regierung die bis zum 15. d. M. befristete Forderung gerichtet, die vom Reiche dem Lande zur Verfügung gestellten Volksstandsrechte ohne Anrechnung auf rückständige Steuern oder Pachtzinsen in bar auszugeben. Da die Regierung diesem Verlangen nicht nachkommen will, ist dem Reichsstatistikamt ein von 2275 Stimmberechtigten unterzeichneter Antrag auf Zulassung eines Volksbegehrens zum Inhalt des Antrages auf Verberichtigung einer Entscheidung des Staatsgerichtshofes wegen unredmässiger Zurückhaltung der Volksstandsrechte zugegangen.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der Reichstag genehmigte einen Gesetzentwurf über die Statistik des Warenverkehrs mit dem Ausland. Berlin. Der Reichsarbeitsminister hat im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Innern dem Reichstag den Entwurf einer Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Verteilung von Warenbesitzungen zum 8. März 1929 an dem Reichstag um Zustimmung vorgelegt. Berlin. Am 2. März tritt der Vorstand des Preussischen Landtags in der Landtagskammer zu Berlin zusammen, um sich mit der Lage der Landwirtschaft sowie mit der Lage des gewerblichen Mittelstandes unter der Landbesitzveränderung zu beschäftigen.

Wien. Wie hier bekannt wird, steht die Aufhebung des Verbots der Einfuhr der „Königsberger Allgemeinen Zeitung“ und der „Allgemeinen Zeitung“ nach dem Mecklenburg und dem übrigen Ostpreußen bevor.

Danzig. Einer der vier Danziger Unteroffiziere, die in Polen anlässlich der Kämpfe gegen die Polen waren, ist jetzt nach Danzig zurückgekehrt. Er hat sich bei der Kammer der Abgeordneten, wonach reichsdeutsche und österreichische Zeitungen auf den Straßen nicht mehr verkauft werden dürfen.

Wien. Eine Abordnung leitender Beamter der Handelsverkehrsabteilung der k. u. k. Handelskammer Wien hat sich mit dem Reichsminister des Innern über die Verteilung von Warenbesitzungen zum 8. März 1929 an dem Reichstag um Zustimmung vorgelegt.

Wien. Das neue Statut der k. u. k. Handelskammer Wien ist dem Reichsminister des Innern vorgelegt worden. Die Handelskammer Wien hat sich mit dem Reichsminister des Innern über die Verteilung von Warenbesitzungen zum 8. März 1929 an dem Reichstag um Zustimmung vorgelegt.

Wien. Das neue Statut der k. u. k. Handelskammer Wien ist dem Reichsminister des Innern vorgelegt worden. Die Handelskammer Wien hat sich mit dem Reichsminister des Innern über die Verteilung von Warenbesitzungen zum 8. März 1929 an dem Reichstag um Zustimmung vorgelegt.

Wien. Das neue Statut der k. u. k. Handelskammer Wien ist dem Reichsminister des Innern vorgelegt worden. Die Handelskammer Wien hat sich mit dem Reichsminister des Innern über die Verteilung von Warenbesitzungen zum 8. März 1929 an dem Reichstag um Zustimmung vorgelegt.

Wien. Das neue Statut der k. u. k. Handelskammer Wien ist dem Reichsminister des Innern vorgelegt worden. Die Handelskammer Wien hat sich mit dem Reichsminister des Innern über die Verteilung von Warenbesitzungen zum 8. März 1929 an dem Reichstag um Zustimmung vorgelegt.

Wien. Das neue Statut der k. u. k. Handelskammer Wien ist dem Reichsminister des Innern vorgelegt worden. Die Handelskammer Wien hat sich mit dem Reichsminister des Innern über die Verteilung von Warenbesitzungen zum 8. März 1929 an dem Reichstag um Zustimmung vorgelegt.

Wien. Das neue Statut der k. u. k. Handelskammer Wien ist dem Reichsminister des Innern vorgelegt worden. Die Handelskammer Wien hat sich mit dem Reichsminister des Innern über die Verteilung von Warenbesitzungen zum 8. März 1929 an dem Reichstag um Zustimmung vorgelegt.

Wien. Das neue Statut der k. u. k. Handelskammer Wien ist dem Reichsminister des Innern vorgelegt worden. Die Handelskammer Wien hat sich mit dem Reichsminister des Innern über die Verteilung von Warenbesitzungen zum 8. März 1929 an dem Reichstag um Zustimmung vorgelegt.

Wien. Das neue Statut der k. u. k. Handelskammer Wien ist dem Reichsminister des Innern vorgelegt worden. Die Handelskammer Wien hat sich mit dem Reichsminister des Innern über die Verteilung von Warenbesitzungen zum 8. März 1929 an dem Reichstag um Zustimmung vorgelegt.

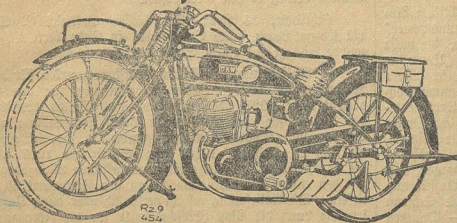
Wien. Das neue Statut der k. u. k. Handelskammer Wien ist dem Reichsminister des Innern vorgelegt worden. Die Handelskammer Wien hat sich mit dem Reichsminister des Innern über die Verteilung von Warenbesitzungen zum 8. März 1929 an dem Reichstag um Zustimmung vorgelegt.

Wien. Das neue Statut der k. u. k. Handelskammer Wien ist dem Reichsminister des Innern vorgelegt worden. Die Handelskammer Wien hat sich mit dem Reichsminister des Innern über die Verteilung von Warenbesitzungen zum 8. März 1929 an dem Reichstag um Zustimmung vorgelegt.

Wien. Das neue Statut der k. u. k. Handelskammer Wien ist dem Reichsminister des Innern vorgelegt worden. Die Handelskammer Wien hat sich mit dem Reichsminister des Innern über die Verteilung von Warenbesitzungen zum 8. März 1929 an dem Reichstag um Zustimmung vorgelegt.

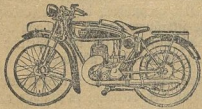
Wien. Das neue Statut der k. u. k. Handelskammer Wien ist dem Reichsminister des Innern vorgelegt worden. Die Handelskammer Wien hat sich mit dem Reichsminister des Innern über die Verteilung von Warenbesitzungen zum 8. März 1929 an dem Reichstag um Zustimmung vorgelegt.

Hier, wählen Sie!



Überraschung: Alle Preise sind herabgesetzt

In der Zwischenzeit sind wir mit unzähligen Anfragen bestärkt worden. Den noch Zögernden wollen wir heute unsere Modelle vorstellen:



DKW-Einzylinermodell „E 206“

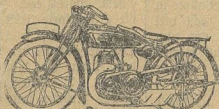
Dieses ist das Modell, das DKW eigentlich eigentlich erst berümt gemacht hat. Über 45000 Stück haben sich bereits glänzend bewährt. Mit einem Zylinder von 206 ccm leistet es 4 Brems-PS, ist also stark genug, um alle Steigungen zu nehmen und am Wochenende eine Sozia zu befördern. Es besitzt Zweigangblocktrieb und Riemenantrieb, ist also hinsichtlich Wartung unser anspruchsvollster Typ. Es ist so richtig das Motorrad für jeden Tag, für alle Zwecke, um das man sich wenig zu kümmern braucht, das immer fahrbereit ist, wenn man es benötigt, der treueste Kamerad im Beruf, zugleich auch die geeignetste Maschine für die Dame. Auf Wunsch auch steuer- und führungsfrei.

Kassapreis ab Werk Rm. 725.—

Nächste Woche geben wir Ihnen in dieser Zeitung unsere **wesentlich ermäßigten Ratenbedingungen** bekannt.

Zschopauer Motorenwerke
J. S. Rasmussen A.-G. / Zschopau Sa.

Vertreter: **Hermann Danneil**
Motofahrzeuge — Reparaturwerkstatt — Fahrsehule
Prettin a. E. Fernruf 38.



DKW-Einzylinermodell „E 250“

Demjenigen, der sein Motorrad überwiegend mit Sozias fahren will und eine Mehrausgabe nicht zu scheuen braucht, empfehlen wir diesen Typ, welcher mit einem Zylinderinhalt von 250 ccm ca. 6 Brems-PS leistet und überdies Dreiganggetriebe mit Kette und Steuerungsdämpfer besitzt. Ab 15. 2. 28.

Kassapreis ab Werk Rm. 850.—

Modell „Z 500“
gemäß Kopfbild aber ist mit seinem 100 km Tempo und seinem 12 PS Motor die ideale Maschine für den Sportsmann und für große Überlandreisen mit Seitenwagen. Dieses Modell stellt die modernste und zweckmäßigste Motorradkonstruktion dar. Es besitzt Zweizylinderblockmotor, automatische Unterdruckkühlung, Staubfilter am Vergaser, Dreiganggetriebe mit Kette, Stoß- und Steuerungsdämpfer, austauschbares Vorder- und Hinterrad usw. Ab 15. 2. 28.

Kassapreis ab Werk Rm. 1220.— mit Steckachse Rm. 1250.—

DKW

Zur Konfirmation!

◆ Konfirmations-Kleider ◆

in Seide, Samt und Popeline.

Auf Wunsch Anfertigung im eigenen Atelier

◆ Konfirmations-Wäsche ◆

in guter Ausführung, als:

Hemden, Hemdhosen, Reformröcke, Oberhemden, Kragen, Kravatten, Strümpfe

◆ Konfirmanden-Anzüge ◆

in allen Größen und guter Qualität

Erstklassige Qualitäten! Billige Preise!

Ernst Peschke

Adlerstraße 16.

Weiß-Stückfalk

erwartet Ende Februar.

Krösch, Maurermeister.
Fernruf 260.

H. Sent- und Pfeffer-Gurken
empfiehlt
J. G. Freytsche.

Redaktion, Druck und Verlag von Herm. Steinbeiß, Annaburg

Ursache und Wirkung

Der Wille, unsere Leistungsfähigkeit immer weiter und weiter zu steigern, war die Ursache, uns mit einer gewaltigen Anzahl gleich gearteter Geschäfte im Reiche zu einem Einkaufsverbande zusammenzutun. Unsere Berliner Einkaufs-Zentrale — deren Haus hier abgebildet ist — verfügt seit 30 Jahren ihres Bestehens über eine Kaufkraft, die uns beim Einkauf außerordentlich günstige Preise und Bedingungen verschafft. Und Sie haben den Vorteil davon, denn — wie Sie sich bei uns leicht überzeugen können — Sie bekommen bei uns **hochwertige Ware zu ungewöhnlich niedrigen Preisen**

C. G. Holtzhausen, Wittenberg
Fernruf 91

Die Konfirmation
rückt immer näher
noch ist es Zeit
Stoffe f. Konfirmandenkleider
einzukaufen. Alle modernen Farben finden Sie bei mir in **Popeline, Muslin, Epingle, Eolienne, Chinakrepp** und **Lindener Samt**

Annahme für **Plissée-Brennerei**

Carl Petzold
Holzdorferstraße

Wo kauft man preiswert
Fahrräder, Nähmaschinen, Sprech-Apparate und Schallplatten in den günstigsten Preisen u. Bedingungen bei **Willy Kühnast**, Fahrradhandlung — Reparatur - Werkstatt **Holzdorferstraße 50.** Ersatzteile am Lager.

Centrifugen
Leichte Teilzahlung. **Wilh. Danneil, Prettin.**

Syndetikon
klebt, leimt u. kittet alles. empfiehlt **H. Steinbeiß.**

Zur Konfirmation!
Lindener Samt in allen Farben
Kleiderstoffe in Rips, Popeline, Epingle
Seide in Eolienne, crêpe de chine, Veloutine
in grosser Auswahl
Carl Quehl.

Drucksachen jeder Art
werden schnellstens angefertigt.
Herm. Steinbeiß, Buchdruckerei.

Sonntag, den 26. Februar
pünktlich 2 1/2 Uhr nachm.
Bezirks-Bauerntag
in Prettin im Saale des Schützenhauses.
Es sprechen:
Hauptgeschäftsführer **Matthieschen, Erfurt**, über: **„Bauer in Not“**,
Buchstellenleiter **Habenicht, Zörgau**, über: **Wichtige Steuerfragen.**
Alle Mitglieder vom Landbund und Junglandbund des Prettiner Bezirkes, insbesondere auch aus Annaburg, Burgin und Naundorf sind mit ihren Angehörigen herzlich eingeladen.

Frachtbriele empfiehlt die Buchdruckerei

M.-G.-V. 17. März
Gesangs-Konzert.

Neues Städtebund-Theater
Leitung: **Herbert Keller** und **Fritz Wilde.**
Goldener Ring :: Annaburg
Sonntag, den 19. Februar, abends 8 Uhr:
Ein fröhliches Spiel vom Rhein, Wein und Liebe.
Unter der blühenden Linde!
Operette in 3 Akten von **Friedrich Keller.**
Preise der Plätze: Im Vorderkauf im Goldenen Ring: **Spreizig 1.80 M.,** Ein der Abendkasse je **20 Pf.** Zuschlag.

„Bürger-Schützen-Berein.“
Sonntag, d. 19. Febr. nachm. 2 Uhr
Verbands-Sitzung
im Schützenhaus **Wittenberg.** Die Kameraden wollen sich recht zahlreich beteiligen.
Der Vorstand

Gasthof zur Kleinbahn.
Sonntags u. Sonntag:
Kaffee und Kuchen
u. **Unterhaltungsmusik.**
Freundlichst ladet ein
Wilh. Freidant.

M.-G.-V.
von 1881.
Frauen-Abteilung
Übungsstunde
Montag 19.30 Turnhalle.
Der Turnwart.

B. B. S.
Dienstag, den 21. Febr. abends 8 Uhr
Versammlung
in **Stadl Prettin.**
Alle Helfer und Freunde des Radiosports sind herzlich willkommen.

Allen überlegen
sind
Herrschuh's neueste Wäschemangeln
mit gesetzlich geschützter Führungslugelein. — Kein Rutschen u. Schiefelaufen mehr! Herrliche Wäscheglättung, viel Kundschaft, gute Einnahme. Bequeme Zahlung.
Ernst Herrschuh
Siegmar - Chemnitz (201)
Aelteste u. bedeutendste Spezialfabrik.

Arbeitsbücher
sind zu haben bei
Herm. Steinbeiß.

Der kommende Wahlkampf.

Das Hin und Her zwischen den bisherigen Regierungspartei in Reichstag ist zu Ende. Am Mittwoch ist die Koalition auseinandergegangen. Es bleibt nur noch übrig, kurz schlüssig, das eine oder die andere der beiden schließlichen Forderungen irrend zu bejahen, vielmehr ihre Ablehnung sogar von manchen, was darüber schon beschlossen war, geltend gemacht hat, während das Zentrum in einer längeren Fraktionsberatung beschloß, die Koalition als gelöst anzusehen, wenn eine Einigung über das Schulgesetz nicht zustande komme.

In der Hauptfrage handelt es sich jetzt natürlich um den Zeitpunkt der Reichstagsauflösung und der Neuwahlen. Die Wahlperiode des Reichstages ist durch die Beratung und Erledigung des Etats nicht einmündig zu werden wohl auch die Deutschnationalen, denen sofortige Neuwahlen erwünscht wären, sich damit einverstanden erklären müssen, daß der Reichstag doch noch eine Zeitlang zusammenbleibt, um wenigstens jene beiden Gesetze zu erledigen, die werden es auch deswegen tun, weil sonst bei einem Neuwahltermin die beiden Gesetze die Hilfe für die Landwirtschaft gefährdet werden könnte. Das wollen sie natürlich nicht.

So wird wohl der Zeitpunkt für die Neuwahlen auf den Anfang Mai gelegt werden. Man nimmt an, daß die Auflösung des Reichstages etwa am 20. März erfolgen wird, aber es fragt sich sehr, ob es bis dahin abwarten ist, wenn die Reichstagsarbeiten sich verwickeln läßt, wenigstens die beiden Gesetze über den Etat und die landwirtschaftliche Pflanzsaktion noch durchzuführen. Denn es ist selbstverständlich, daß der Wahlkampf jetzt mit aller Macht einsetzt wird, und dabei sind die Reichstagsabgeordneten natürlich, wie Oetel Wölffig sagt, die Wähler dazu. Man wird also vermutlich noch weniger Reichstagsmitglieder in den nächst kommenden Tagen sehen, als bis heute schon im allgemeinen der Fall war. Eine Durchführung der Weiterberatung ist daher nur bei allerseits gutem Willen möglich, aber ob dieser vorhanden ist, mag doch etwas zweifelhaft sein. Denn wie im Schlußteil, so kommt es auch im Reichstag darauf an (und hier handelt es sich um die Reichstagsarbeiten), sich "einen guten Namen" zu machen. Und das ist, wie man sieht, nicht leicht zu machen, wenn man sich nicht über die Reichstagsarbeiten hinwegsetzt. Man wird sie freilich auch als solche zu werten haben, wenn jetzt der Kampf um die Seele des Wählers losgeht. Das gleiche gilt von den Anträgen, die gestellt werden, es wäre daher besser, wenn die Parteien allezeit von solchen recht überflüssigen Anträgen absehen würden, weil im allgemeinen der Wähler doch nicht mehr auf ein solches Manöver hereinfällt.

Und was vom Reichstag gilt, das gilt auch vom Preussischen Landtag. Es ist fast sicher damit zu rechnen, daß auch er aufgelöst wird und die Neuwahlen gleichzeitig mit denen zum Reichstag stattfinden werden. Eines ist ersichtlich, wenn nicht der Wahltermin auf den Anfang Mai gelegt wird: dann sind nämlich die französischen Wahlen überhand und man kann es daher bei dem Wahlkampf in Deutschland vermeiden, den Blick allzu sehr auf sogenannte außenpolitische Rückwirkungen inwendiger Vorgänge, wie die Reichstagswahlen es sind, zu lenken. Schon jetzt wird man die Hoffnung ausprechen, daß der Reichstag sich verabschiedet wird als der Entscheidungsmacht der Wähler über das Ge-

schick oder Nichtgeschick. Daran wird man nach die weitere Hoffnung knüpfen, daß sich auch der Wahlkampf auf diesen Gesichtspunkt einstellt, und nicht zuletzt die dritte, daß nämlich nicht allzuviel Wähler am Wahltag zu Hause bleiben.

Krank Verteidiger legt nieder.

Sachverständigenausgang über den Angeklagten. Die Lage für den Oberprokurator Krank hat sich im weiteren Verlauf der Verhandlung gebessert. Mit Zustimmung des Reichsanwalts hat der Angeklagte erklärt, daß er die Angeklagten nicht als Täter, sondern als Teilnehmer an dem Verbrechen betrachtet. Er hat auch erklärt, daß er die Angeklagten nicht als Täter, sondern als Teilnehmer an dem Verbrechen betrachtet.

Charakter des Angeklagten recht günstig aus. Besonders Interesse besteht für die Angeklagten der Frau Scheller, die denn verurteilt wurde. Sie ist jetzt als eine Mutter und freier fast alles, was ihrem verstorbenen Ginter nachgelassen wurde, mit Entscheidung ab. Auch für ihre Tochter wird eine Entschädigung im Grunde genommen nur Ginter Scheller, durchaus wirtschaftlich. Ginter hätte wohl auf dem Polizeipräsidium eine gewisse Angewandtheit an den Tag gelegt. Zu Hause hätte sie aber sowohl über den toten Bruder wie über den Freund Hans Stephan bittlich gewacht.

Vertrauf kam es wieder einmal zu einem Zwischenfall. Der Staatsanwalt fragte den Angeklagten, ob er seinen erhen freien Abend in einem erohen Berlin ergehen lassen würde. Der Angeklagte antwortete, daß er gerade geistig leere, keine Vermöglichkeit zu dokumentieren. Daraufhin erwiderte der Verteidiger und der Vorsitzende, daß man nur die Vorgänge vor und während der Tat zu verhandeln habe, nicht aber sein jetziges Verhalten. Es bestand die Gefahr, daß der Staatsanwalt auch nicht um das Präsidium der Hildegard Scheller.

Bekannt Berliner Ärzte, Direktoren von Irrenanstalten werden nun auf Veranlassung des Verteidigers zugezogen, um ihr Fachwissen zu Rate zu ziehen.

Entscheid über den Geisteszustand des Angeklagten vor und während der Tat abgehandelt. Der bekannte § 51 (geistige Mindervermögen) könne für Krank nicht in Frage kommen, wohl aber habe der Geisteszustand auf die Strafbarkeit und seine Tat bestimmt. Es besteht daher hohe Wahrscheinlichkeit für einen Selbstmord Ginter Schellers. Krank war eine Persönlichkeit von höchstem Werte, aber diesem wertvollen Jüngling fehlte die Wissenschaft. Nun erregte sich

der größte Zwischenfall

während des ganzen Prozesses. Anlaßlich einer Frage des Staatsanwalts kamen die Angeklagten in den Verhandlungen und dem Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Frey, fragte einen Zeugen: „Sind Sie nicht die Frau des Verstorbenen der Angeklagten?“ Darauf rief der Vorsitzende erregt: „Diese Frage gehört nicht zur Sache.“ Rechtsanwalt Frey schrie sich energisch über den Ton, ja sogar über das Betragen des Gerichtes gegenüber einem Verteidiger.

Jetzt bezeichnet der Vorsitzende das Verhalten des Anwalts als ungehörig.

Dr. Frey vertritt sich das Wort ungehörig. Nun soll es zu einer Vorzensurierung für den Rechtsanwalt kommen. Nach der weiteren Sachverhandlung erwidert Rechtsanwalt Dr. Frey dann eine Erklärung ab, in der, die Angeklagten in der Verhandlung zu fragen, ob sie eine Schärfe in die Angeklagten würden hierdurch vor der Öffentlichkeit herabgesetzt. Unter diesen Umständen könne er die Verteidigung nicht weiterführen. Rechtsanwalt Dr. Frey verließ darauf den Sitzungssaal.

Krank hastentlassen.

Unter allgemeiner Spannung wurde nach einer zweitägigen Verhandlungspause der Krank-Prozess im Waalder Gerichtssaal wieder aufgenommen. Der Vorsitzende, Staatsanwalt Dr. Frey, stellte den Antrag auf Haftentlassung des Angeklagten da nach dem bisherigen Verhandlungsergebnis kein hinreichender Verdacht auf Mord mehr bestehen konnte. Der Staatsanwalt erklärte, Krank habe zwar die Angeklagten auf Mord nicht aufrecht, dagegen aber auf gemeinschaftlichen Zöschlag, und beantragte deshalb, den Haftentlassungsantrag abzulehnen. Das Gericht verurteilte nach kurzer Beratung den Beschuldigten auf Haftentlassung des

angeklagten. Der Vorsitzende erklärte, er sei nur dann zum Bericht auf seine Zeugen bereit, wenn die Staatsanwaltschaft auch den Verdacht auf gemeinschaftlichen Zöschlag fallen lasse. Da die Staatsanwaltschaft dazu keine Erklärung abgegeben bereit ist, wurde in die weitere Verhandlung eingetreten. Die Haftentlassung wird den Angeklagten wie die Befreiung von einem Mord. Er soll auch die Angeklagten verlassen, muß aber auf einen Beweis des Vorliegens hin wieder zu ihr zurückkehren. Landgerichtsdirektor Best rief ihm zu: „Das Urteil, nicht der Blick klopft den Beschuldigten.“ Als erste Zeugin wird

die Mutter des Angeklagten, die Frau des Anwalts Krank, vernommen. Sie hat schon ausgedrückt, daß sie sich schuldig fühlt. Die Zeugin erzählt, daß auch sie Selbstmordgedanken gehabt habe, sie habe aber ihrer Sohn vor dem Spielen mit dem Revolver wie überhaupt mit Selbstmordgedanken gewarnt. Ginter Scheller hätte zweifellos unruhig auf ihn eingewirkt. Sodann wird der Vater Scheller vernommen, dessen Erziehungsmaßnahmen schon mehrfach Gegenstand des Prozesses waren. Er habe an dem Verbrechen Ginters mit Krank nichts ausfinden gehabt, allerdings habe er den Angeklagten nur kurze Zeit gekannt. Sodann wurde die Autorsin Ginters nach Paris mit einem Herrn, dem Vater ganz unbekannt war, vor Gericht ausführlich befragt. Aussagen wurden zwei Freunde von Krank und Scheller als Zeugen vernommen, die über die Lebensart und den Charakter der beiden Primaner Einzelheiten vorbrachten.

Gegen die Riesenaußsperrung.

Der Gesamtverband des Gewerkschafts Deutscher Metallarbeiter erklärt sich gegen die Riesenaußsperrung der deutschen Metallindustrie eine Erklärung, aus der ersichtlich ist, daß er gewillt ist, den Kampf gemeinsam mit dem freigeigenschaftlichen Metallarbeiterverband durchzuführen. Der Deutsche Metallarbeiterverband hat eine Sitzung seines Beirats nach Stuttgart einberufen, um zu der Erklärung der Arbeitgeber Stellung zu nehmen. Wie erklärt wird, ist er finanziell für den Kampf durchaus ausgerüstet.

Die fächigen Wirtschaftskreise sind, wie aus Dresden bekannt wird, wegen der drohenden Aussperrung der Metallarbeiter in besonderer Sorge; denn ein volles Drittel der von der Aussperrung bedrohten 800 000 Arbeiter ist in fächigen Betrieben beschäftigt.

Man hofft daher hier dringend, daß die Reichsregierung sich nicht mit weiteren Abwarten begnügt, sondern schnellstens eingreift, um eine Erweiterung des mitteleuropäischen Konflikt unter allen Umständen zu verhindern.

Millionär auf Kosten des Reiches.

Zwei neue Kriegsanleihegeschwindler. Im Zusammenhang mit der Verhaftung des Bankdirektors Kuntze, der beschuldigt wird, neun bis zehn Kriegsanleihen für sich auszugeben zu haben, ist auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft ein gewisser Frank verhaftet worden. Frank ist nicht nur der Anlauf von Kriegsanleihen gegangen, sondern auch die Weiterleitung an die Käufer nach Schweden auszuführen. Kuntze, deren sich Kuntze bediente in der Annahme, daß die Annehmungen über eine Auslandsanleihe weniger auffallen würden, da ja tatsächlich Kriegsanleihe sich in recht beträchtlichem Umfang im Besitz des Auslandes befindet.

Die Angelegenheit Kuntze ist durch das zufällige Finanzamt ins Rollen gekommen, das den Verdacht hatte, daß die Eintommenerklärungen des Bankiers nicht den Tatsachen entsprächen. Bei der durch letztere Sachverständige eingeleiteten Untersuchung ergaben sich starke Unklarheiten über den Erwerb der Kriegsanleihe, namentlich über den Zeitpunkt der Übernahme dieser Werte. Die Finanzbeamten schloßen den Verdacht, und so kam es zur Aufdeckung der Machenschaften.

Schluß der Inzeratenannahme

vormittags 8 Uhr. Größere Inzerate erlösten jedoch schon tags vorher bis spätestens nachmittags 3 Uhr.

Des Herzens Not Roman von Fr. Lehne.

18. Fortsetzung. Nachdruck verboten. „Hab' ich dir das noch nicht erzählt? Wohl möglich, daß ich nicht daran gedacht! Allerdings, in Predigerdorf gehen wir nicht zur Kirche, wohl aber in Sellhorn. Wir stimmen nämlich mit unserem Pastor gar nicht überein. Er versteht die Leute nicht zu behandeln, er will alles mit seinen strengen, eifernden Ansichten durchziehen und bebent nicht, wieviel mehr er die Leute durch Güte und Liebe zwingt, als durch Furcht, — er bebent auch nicht, daß wir müde, abgearbeitete Landleute sind. Nein, da notiert er die Fehlbildenen in der Kirche, paßt auf, wer während des Gottesdienstes in der Kirche schlüft, um es nachher zu rügen, domert in seinem Predigerstuhl los, nicht bedenkend, der Geist ist müde, aber das Fleisch ist schwach. Und jeden kleinen Fehler, jedes Versehen zerrt er ans Tageslicht! — und in jeder Familie kommt doch mal etwas vor. Natürlich war Vater gar nicht mit seiner Art und Weise einverstanden und hätte sich erlaubt, ihm, der so jung und unerfahren hierher kam, einige Rathschläge zu erteilen, was ihm nicht überlassen wurde. Denn wir ehen ein, nicht nicht mehr in seine Predigten und kommen dabei leicht aus. — Man braucht seinen Glauben nicht auf der Zunge zu tragen, kann dennoch ebenso gläubig sein wie die anderen, wenn wir auch bewegen als „schwarze Schafe“ gelten. Das sieht uns aber nicht an. Menschen können wir einmal nicht — und der Wuchstergelände allein tut es nicht — aus dem Herzen muß es quellen.“

„Das hätte ich gar nicht von Parrer Kunze gedacht“, meinte Gerda, „er sieht doch sonst so harmlos aus. Daraufhin muß ich ihm mit doch mal genau ansehen! — Was ist was gib's hier auch? Ich dachte, es ginge alles so glatt und geregelt seinen Weg.“

„Glaube das nur nicht, Gerda“, sagte Katharina ernst, „wie mancher Roman spielt sich hinter den kleinen Fenstern der niedrigen Bauernhäuser ab. Denn gerade bei den Bauern wird besonders darauf geachtet, daß Geld zu Geld kommt. Es kommt so selten vor, daß ein Bauernsohn ein mittelloses Mädchen heirathet. Wie manche Träne wird da heimlich geweint, wie manches Herzerglück zu Grabe getragen. Ob die Charaktere zusammenpassen, ist Nebensache, und dann leben sie in stumper Gleichgültigkeit nebeneinander her.“

„Dann nehmen sie es vorher nicht so genau. Denn einen Schatz haben doch die Mädchen im Dorfe alle. Wie oft habe ich unter Stubenmädchen schon gesehen, wenn sie sich abends mit ihren Vätern triffen. Das war dann immer ein Herzen und Köpfen, das man ordentlich — gut haben's die Mädchen.“

„Aber Gerda, ich bitte dich! Wohin verirrst du dich!“

„Marion nicht? — Du freilich, du bist ja die reine Gleichgültigkeit, die tumhoh über menschlichen Fehlern und Leidenhaftigkeiten steht!“

„Weißt du das so genau? Ich habe lo gut ein Herz wie jede andere! Nur werse ich es nicht weg.“

„— sondern habe es auf für den Herrschaften von allen“, warf Gerda übermüdet ab. „Denn gerade bei den Frauen, nicht wahr, Räte? Kein Feuer, keine Kohle kann brennen lo heiß, als heimliche Liebe, von der niemand was weiß.“

„lang sie lustig in den Wald hinein. — Ah, wir sind schon am Ziele? Mir ist die Fahrt aber schnell vergangen“, tief sie, als Predigerdorf in Sicht war. „Räthe, du mußt mich nun entschuldigen bei Papa und Mama, daß ich mitgegangen bin. Mama hat es nicht gemerkt, wenn ich ohne ihr Vorwissen derartige Ausflüge mache! — Aber, du bleibst doch zum Abend bei uns!“

„Ich weiß noch nicht, Gerda.“

„Ah, Unfug, ohne Wiederbe, du bleibst! Mir mußstieren entsetzt; du bist mir noch immer ein Lied schuldig! Mir schiden zu deinen Eltern, daß alles prompt in Söll-

dorf belagert ist, und daß sie sich über dein Ausbleiben nicht ängstigen. Mal wirst du doch abkömmlich sein! Ich lasse dich einfach nicht fort!“

„Du bist ja sehr lieb, Gerda.“

„Nun, also! Hab' ich nur gar kein Vorkommen, dich zu halten? Heute abend gib's Krebs; Papa hat welche schiden lassen, große, schöne Exemplare sind es! Weist dich das gar nicht? — Hast, dann vielleicht unter neuer Inspektion, wenn der nicht geht.“

„Ich sehen, Gerda“, sagte Katharina lächelnd, „Abtrübsen sind Krebs auch nicht zu verachten. Nun, denn ich denke, es veranworten zu können. Du bist ein Quälgeist, Gerda.“

„Siehst du, lo muß man es machen, wenn man etwas erreichen will! Wir wollen uns schon amüsieren, und deine Eltern werden dir nicht böse sein!“

IV. Nachdem die jungen Mädchen die Baronin begrüßt, schlenderten sie nach dem Park. Gerda wollte Katharina den Tennisplatz zeigen, den ihr Vater für sie hatte anlegen lassen.

„St dieser Platz nicht ideal? Du spielst doch auch, Käthe?“

„Mir fehlt die Zeit dazu. — Ich habe früher häufig gespielt, bin aber jetzt ganz aus der Übung.“

„Ah da findet man sich leicht wieder rein! — Es wäre doch herrlich, wenn wir zusammen spielen könnten.“

„Ich habe jetzt zu viel anderes, wichtigeres zu tun.“

„Du wirst es schon einrichten können, wenn du willst! Nach dem Manöver kommt doch mein Vetter, der ein geübter Spieler ist.“

„D was da käme ich dann schon in die Kränze.“

„Deshalb eben müssen wir fleißig üben. Somet Zeit mußt du dir erlauben können! — Ah, da kommt Papa!“

(Fortsetzung folgt.)

Keine Tier-, aber Menschenfreundlichkeit.

Die Stierkämpfe in Südeuropa.
Die Stierkämpfe bleiben trotz ihrer Abstoßung die größte Freude des spanischen Volkes. Jetzt hat die Regierung angeordnet, daß bei Stierkämpfen die Pferde durch Federdämpfer mit Metallschlägen geschützt werden sollen. Dieser Schutz wird zwar nicht aus, um einen Hohnstoß abzufangen, genügt aber, um den Zuschauern die Verletzungen der Tiere zu verhüten, da die blutigen Stellen für das Publikum nicht so schnell sichtbar werden.

Als dieser Tage ein Kaufmann mit seinem Auto nach B o i s s o n fuhr, ging plötzlich ein junger Stier auf den Wagen los und sprang, als der Lenker rasch bremste, in den Wagen hinein. Der Lenker wurde aus dem Wagen herausgeschleudert, blieb aber ohne erhebliche Verletzungen, während der Stier in dem Wagen fürchterliche Verwüstungen anrichtete.

Rab und Fern.

Der neue Amerizageppelin. Das Gerippe des neuen Zeppelins, Nr. 3, 127 ist bis auf die Bug- und die Heckteile fertig zusammengebaut. Die Gondeln sind schon angebracht und Dr. G e n e r erwartet die Fertigstellung des Luftschiffes im Laufe des Monats Mai. Nach Fertigstellung des Schiffes beginnen die Versuchsflüge, die in besonderen der Erprobung des neuen Triebwerkes, der Steuerung und der Anordnung dienen sollen. Die Versuche werden sich wohl über einen größeren Teil Deutschlands erstrecken können und es werden sich auch Seefahrten über Nord- und Ostsee, vielleicht auch südwärts zum Mittelmeer oder gar auf dem Atlantischen Ozean anschließen.

Ein ganzes Dorf sucht ein Kind. Das zweijährige Söhnchen des Landwirts Hiller aus Oberbielan, Kreis G e r l i t z, war seinem Vater unbemerkt ins Dorf nachgegangen, kam aber von Wege ab und verirrte sich. In später Nacht wurde das Dorf alarmiert, doch konnte das Kind trotz eifriger Suche nicht gefunden werden. Erst nach 30 Stunden wurde das Kind auf dem Wege nach Kiebingenwaide erforscht aufgegefunden.

Verhaftung von Eisenbahnräubern. Der Polizei ist es gelungen, einer Diebstahlsbande auf die Spur zu kommen, deren Mitglieder in großem Umfange Schienen und Eisenbahnmaterial in Südböhmen gestohlen und in S o m m o n i t z und in S e n d b i t z verkauft haben. Bisher wurden sieben Personen verhaftet. Ein Teil des geraubten Gutes konnte der Bahn zurückgeführt werden.

Umwetterverletzungen in Frankreich. Im Hafen von D u n k i r q u e wurde ein Dampfer von den Stabtrößen losgerissen und gegen mehrere Häuser geschleudert, die schwer beschädigt wurden und sanken. Ein Fischerboot mit mehreren Mann Besatzung wird in S o u l o g n e vermisst. Aus V i e n n e i e r wird gemeldet, daß der Sturm eine 30 Meter lange Mauer zum Einsturz brachte. Ein Arbeiter wurde dabei getötet, ein anderer schwer verletzt.

Ein Kaffeezer der Gestirne ermordet. Der Buchhalter und Kaffeezer der „Katholischen Auslandsmission der Gestirne“ in Paris, der Spanier Felix de la Tablada de Veredes, wurde mit gefalteten Schindeln in seiner Wohnung aufgefunden. Da der Kaffeezer bedeutende Mengen in Verwahrung hatte, dürfte er einen Raubüberfall zum Opfer gefallen sein. Als mutmaßlicher Täter kommt ein Individuum in Frage, das seit Monaten Untersuchung von dem Buchhalter erhielt, in der vergangenen Woche aber mehrmals abgewiesen wurde.

Strohfeuer in Lyon. Durch eine Feuerbrunst wurde ein 4000 Quadratmeter großes Lager elektrischer Kabel eines Wiener Kabelwerkes vernichtet. Die Feuerwehre konnte sich darauf beschränken, ein Übergreifen des Brandes auf die Nebengebäude zu verhindern. Der Schaden beträgt etwa 10 Millionen Franc.

Flugweittöbner Remwort-Otende. Der belgische Industrielle Savay hat erklärt, daß er für den Sommer einen Flugweittöbner Remwort-Otende organisieren werde. F l u g w e i t t ö b n e r h ä t t e n s i c h b a r i t b e r e i t a n g e l e b e t. Der Sieger soll eine Million belgische Franc erhalten, der zweite 200 000 und der dritte 100 000 Franc.

Die Typhusepidemie in Hagen. Nach den neuesten Feststellungen beträgt die Zahl der an Typhus erkrankten Personen 65. Die Zahl der Todesfälle beläuft sich bisher auf 11. Außerdem sind eine große Anzahl von typhusverdächtigen Personen in die Typhusbaracken eingekerkert worden.

Das Rathaus in Jülich gefährdet. In Jülich stürzte der hinter dem Rathaus liegende hohe Fels mit dem auf ihm errichteten Turm und mehreren Gebäuden ab. Das Rathaus wurde schwer beschädigt und ist von völliger Zerstörung bedroht.

Stetsgedächtnis im Weinland. In einem Münchener Weinrestaurant t r e t e n a c h t s i n n j ä h r i g e r S c h a u s p i e l l i n d e r e n a u s L i e b e i n e G e l i e b t e, e i n e 2 3 j ä h r i g e M e d i z i n a l m a g i s t r i n, u n d z w e i S c h i f f e i n d e n K o p f. Die beiden, die sich vor einigen Wochen auf einem Küstlerfest kennengelernt hatten, hatten beschlossen, gemeinsam in den Tod zu gehen, da sie sich nicht betrauen konnten. Der junge Mann wurde daran gehindert, seinem Leben ebenfalls ein Ende zu machen.

Auspfunden in den Söhne verboten! Die Gemeinde L o d t m o s s i n S c h w a b e n l a n d hat durch eine ortspolizeiliche Verfügung das Auspfunden in den Söhne auf allen Straßen und Wegen verboten und Zuwiderhandeln mit 150 Mark Geldstrafe oder 14 Tagen Haft bestraft. Die Maßnahme wird mit der Förderung der Gesundheit begründet.

Schmuggel von Bekleidungsmiteln. Unter dem Verdacht des Schmuggels von Bekleidungs- und Schminktuteln sind in Lothar drei Weiß-Kopplöcher mehr als zehn Personen festgenommen worden. Wie verlautet, wurde die Ware durch Grenzgänger von Deutschland nach der Schweiz geschmuggelt.

Traurige Wirkung schlechter Zeugnisse. Nach der Verteilung schlecht ausgefallener Schulzeugnisse haben in Wien ein Schüler und eine Schülerin Selbstmord begangen. Sieben Kinder im Alter von sechs bis vierzehn Jahren ergriffen die Flucht. Vier wurden auf dem Wege zur deutschen Grenze aufgegriffen, drei werden noch vermisst.

Kalkoneinzug während der Trauung. In Preßburg fand eine Hausrauung auf einer Veranda statt, die aber zusammenbrach, als 16 Gäste während des Zeremoniells darauftraten. Einige von ihnen wurden schwer verletzt, Bräutigam und Braut blieben aber unversehrt.

Wichtige Zwischenfälle bei einer Seereise. In der Ostsee, nach bei S a n t a m o o s e, kam es zu blutigen Zwischenfällen, weil zwei jüdische Fischer von kleinen Geschäften sich der Seereisefahrt mit Gewalt entgegen wollten. Der Gerichtsvollzieher wurde von einer Menge jüdischer Einwohner in einem Geschäft gefangen gehalten, um ihn an der Durchführung seiner Pflichten zu hindern. Polizei mußte mit der blauen Waffe vorgehen, um den Gefangenen zu befreien.

Raubüberfall in einem postlichen Eisenbahnzug. In der Nähe der ostpreussischen Eisenbahnstation Preßwitz fand man die verkleinerte Leiche einer Frau, die wie festgestellt wurde, aus einem Abteil 2. Klasse des Güterzuges Z e m b e r g - K r a k a u auf dem Bahnhofsplatz geworfen worden war. Vermutlich handelt es sich um einen Raubüberfall.

Beim unteren See. Der Dampfer „Moolan“ teilte mit, daß er am 7. Februar einen Wrack südlich des Annapolis ein schwaches Untergangsschiff festgestellt. Das Schiff wirkte außerordentlich stark und vollständig in Beschädigung wurde durch die Erschütterungen aufgeweckt. Ein italienischer Dampfer, 150 Meilen entfernt, fand eine drahlische Mitteilung, daß er ähnliche Erschütterungen festgestellt. Die Beiden dauerten 10 bis 15 Sekunden.

Zusammenbruch eines weiteren Berliner Kreditunternehmens. Die Behörden sind wiederum gegen ein Berliner Kreditunternehmen eingeschritten, das sich in sehr umfangreiche Spekulationen eingelassen hat. Es handelt sich um die Wirtschaftliche Kreditgenossenschaft G. m. b. H. in der Danzigerstraße 39. Der Zeit kam ins Rollen, als eines Tages die Anzeige eines sich geschädigt fühlenden Kreditwerkes bei der Staatsanwaltschaft einlief. In der Folgezeit sind bereits mehrere Personen verhaftet worden.

Dreizehn Tote bei einer Grubenexplosion. In Wittehaven (Süderland) ereignete sich ein schweres Bergwerksunglück, dem dreizehn Menschenleben zum Opfer fielen. Bei Schließung der Grube vor zwei Monaten hatten zwei Mann den Tod gefunden. Nimmehr stiegen Bergwerksinspektoren, unter ihnen zwei staatliche Inspektoren, in die Grube, um sie wieder in Betrieb zu nehmen. Bei Öffnung der Grube brachen Gase hervor, die explodierten. Sämtliche Mitglieder der Inspektionskommission trafen um.

Dunte Tageschronik.

Paris. Mehrere ausländische Dampfer haben durch Sturm und See getrieben. Sie befinden sich infolge der seit 48 Stunden in der dortigen Gegend herrschenden Stürme in Seenot.

Genève. In Genéve ist ein Fall von Schlafkrankheit festgestellt worden. Der Patient ist bereits, ohne die Bestimmung wiedererlangt zu haben, im Krankenhaus gestorben.

London. Während des letzten starken Sturmes erlitt auf dem Meeres zwischen S t o r e p o o l und W i n d e s das kleine Schiff „S t r i n k“ Schiffbruch. Die sechs Mann starke Besatzung kam dabei ums Leben.

Berlin. Bei der Brandenburgischen Provinzialanstalt sind Untersuchungen in Höhe von 28 000 Mark festgestellt worden.

Genève. Der Bürgermeister von Oberburg in der Aemmar, Marz, wurde wegen Untreue und Unterschlagung zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

London. In Healding bei Leeds begab Frau Eisel Barrington Besuche, zwei Wäbchen und zwei Jungen, zu einem einen Zettel bei G a n d i n s, wurden durch eine zu spät explodierende Dynamitpatrone zwei Arbeiter getötet und ein dritter schwer verletzt.

Die Sachverständigen für Dr. Frey.

Berlin. Der Sachverständige Dr. Magnus Hirschfeld gab im Kraus-Prozess im Namen der Sachverständigen folgende Erklärung ab: Der Gesundheitszustand des Angeklagten Kraus ist so, daß der Angeklagte nicht inskande ist, in dieser kurzen Zeit der neuen Verlesung alle notwendigen Anforderungen zu geben. Die Sachverständigen bitten deshalb im Interesse des Gesundheitszustandes des Angeklagten, alles zu tun, um den Rechtsanwalt Dr. Frey zu bewegen, die Verlesung wieder zu übernehmen. Der Sachverständige des Gerichts sprach sich dagegen aus und lehnte die Sitzung.

Schwabacherstraße im Rheingebiet. Nach einer Mitteilung der Rheinrombänderwahrung behält Hochwassergefahr im Rheingebiet infolge Regens und Schneeschmelze. Nur die Mühle bei Trier ist im Fallen.

Wien. Die jährliche Oberinspektoren Anna Nishig beschloß, sich mit Morphium zu vergiften. Die Ursache zur Tat dürfte in der äußerst schlechten wirtschaftlichen Lage der Angeklagten liegen, die in der letzten Zeit zwei Engagementsanträge aus Berlin und Prag erhalten hatte, jedoch nicht eintrat die Mittel zur Befreiung der Weile hatte. Frau Nishig trat früher auch im Theater in Darmstadt auf.

Besuch des Grottoatomies der Olympischen Winterpiele. St. Moritz. Das Grottoatomie der 2. Olympischen Winterpiele hat in Abernennung mit den technischen Kommissionen, mit denen es zu einer dringenden Sitzung zusammenzutreten, beschlossen. Das Programm der 2. Olympischen Winterpiele wird in Würdigung der atmosphärischen Verhältnisse abgeändert. Das Komitee hat alle Dispositionen getroffen, um die Fortsetzung der Spiele zu den festgesetzten Zeiten sicherzustellen. Der Grottoatomie wurde eine Zeit gelassen, bis zu welcher sie sich darüber zu erklären haben, ob sie sich an der Fortsetzung der Wettämpfe beteiligen werden.

Kongresse und Versammlungen.

K. Landwirtschaftliche Bauernkongresse. Die wirtschaftlichen Kongresse aus den Kreisen Lade, Roddingen, Reubau, Breda, Breda, Roddingen und Jor veranlassen eine gewaltige Notstandsangelegenheit. Es wurden zwei Entschlüsse gefasst, von denen die eine mit folgender Warnung schließt: „Sind diese Forderungen nicht weitgehend berücksichtigt, so sind wir bereit, entschlossen zur Erhaltung von Haus und Hof zu den äußersten Mitteln zu greifen und müssen für die Folgen die Regierungen und Parlamente verantwortlich machen.“ Eine ähnliche Kundgebung fand in Wäcker statt.

Des Herzens Not

Roman von Fr. Lehne.

19. Fortsetzung. Nachdruck verboten.
„Na, du Ausreißer, da bist du ja —“ und lieblos streichelte der Baron Gerda's weiche Wangen. „Ich war lieben bei Mama, die mir sagte, daß Sie, Kathrinchen, noch bleiben — das ist nett!“
„Ja, Pa, sie will uns helfen, die Krebse zu verzehren!“ rief Gerda übermütig, „denke nur nicht, daß sie es beinnet wegen tut.“

Sie lachten alle drei.
„Ja, Kathrinchen, sind Sie fertig geworden mit Rofe?“

Kurz berichtete sie ihm von dem Geschäft, und zumtome nicht die Baron. — „Das haben Sie recht gemacht, Kind, nur sich nicht überdreheln lassen — der Kerl ist ein zu gerissenem Katron — an Ihnen ist wirklich ein Kaufmann verloren!“
„Sohn, was? Gerda, sieh mich nicht nach, sie müde einen Tennisplatz haben — nach Spielern muß sie sich allerdings selbst umsehen. — Aber wo ist denn unser Juppeter?“ — „Süßend blidte ich der Baron um. — „Ah, da ist er ja! Kommen Sie nur her, lieber Kraft!“ Da tann ich Sie gleich mit der Nachbarschaft betannt machen. — „Willst du wohl, Diana?“ — er wachte dem isönen Jagdhund, der in ungeliebter Freude an ihm emporsprang.
„Diana, hierher!“ rief eine wolkelaute, isone Männerstimme, bei deren Klang Katharinchen aufhorchte.
„Was an?“ flüsterte Gerda spöttlich, „nun laßst du die das Hundebier anschauen.“

Kraft trat zu den Damen und begrüßte sie. Der Baron stellte ihm Katharinchen vor — „also, lieber Juppeter, ich mache Sie mit Fräulein von Budwaldt betannt, unserer getreueften Nachbarin.“

„Ist nicht nötig, Onkel Freelen, wir kennen uns schon,“ sagte die erste, erwiderte mit bebender Stimme, und irdete Kraft die Worte entgegen, die er sberichtig auf seine Lippen zog. Aus seinen Worten Klang ebenfalls die Freude, sie wiederzusehen.

Mit vorgebeugtem Haupte, unendliches Staunen in den Augen, blidte Gerda auf die beiden, die sich begrüßt anhaben. Sie tannnen sich — und waren sich gleichgültig, wie sie bei sich selbst. So weich und isönig, so hold erglühend hatte sie Katharinchen noch nie gesehen — ihre ganze Seele lag in ihren Augen.

Wie sein abgarteles Gesicht das ist, Fräulein von Budwaldt. Wie sie schon Wortpredigten halten und die fittlich Entwürde spielen kann — und dabei bestelt sie sich ihren Liebsten hierher! Dieser Gedanke stand bei Gerda fest. Wenn sie nicht wider Willen ein gewisses Interesse an dem neuen, so auffallend isönen Hausgenossen gehabt hätte, so würde sie diese Bekanntheit weniger in Erregung verliert haben — aber in ihrem pantastischen Köpchen regten sich eine Menge Kombinationen. Ihre Augen, bezaubert einen grünlichen Schimmer, und ein lauernder Zug legte sich um ihren Mund, als sie die beiden so betrachtete — sie hatte etwas von einer Kasse an sich, die auf dem Sprunge liegt. — „Wie wär's denn, Fräulein Katharinchen, wenn ich mit Ihnen in die Schranke trete, wenn ich meine Augen auf jenen Mann werfen würde, der Ihnen so gut gefällt?“

Selbstendlang durchschlugen ihm geschäftlichen Gedanken ihr Köpchen, ehe sie verumloht fragte.
„Du kennst den Herrn Juppeter, Katharinchen? Du hast mir ja davon gar nichts gesagt!“

„Wie konnt' ich denn? Ich hab' doch nicht gemußt, daß er hier ist, daß ich ihn hier treffen würde!“ entgegnete die Angeredete, und sie heimlich Zübel Klang es aus ihrer Stimme, — „vor zwei Jahren hatten wir uns kennen gelernt auf dem landwirtschaftlichen Ball in Halle!“

„Das ist ja sehr annehmlich, Kathrinchen,“ sagte Baron Freelen, „wie kommen Sie aber nach Halle, lieber Juppeter? Ich denke, Sie waren die letzten drei Jahre auf dem Rittergut Pöhl in Schlesien.“

„Das war auch der Fall, Herr Baron. Ich war damals zufällig zu Besuch in Halle bei Bekannten. Da hat ich Gelegenheit, den Ball mitzumachen, der mir unendlich lieblich war.“

„Er bestete seine Augen mit innigem Ausdruck auf Katharinchen, die wie eine Rose unter seinem Blick erblühte. Der Baron zog die Uhr. „Kinder, es ist Ehenzeit, Mama wird uns erwarten — an avant!“

Er ging mit Kraft voran, während die beiden jungen Mädchen in einiger Entfernung folgten.

„Das war wohl eine isöne Ueberraschung für dich?“ sagte Gerda.

„Allerdings, ich war so erstaunt, Herrn Kraft hier bei euch zu sehen, daß ich kaum wußte, was ich sagen sollte!“

„Du hastest wirklich keine Ahnung davon?“

„Sie sollte ich wohl! Du hastest mir ja nicht den Namen eures Inspektors genannt.“

„Habt ihr euch nicht geküßelt?“

„Aber nein! Wie konntst du nur auf solche iseltzame Frage?“

„Ihr liebt euch doch aber, das hab' ich doch bei eurer Begrüßung gesehen! Es ist mir direkt auf!“

„Aber Gerda —“ Katharinchen war dunkelrot geworden, „das ist doch alles Unfann, was du da vorbringst. Er war damals mein Tänzer, und wir haben uns sehr gut miteinander unterhalten! Und jetzt hab' ich mich getraut, ihn so unverschöfft wiederzusehen, das ist alles!“

„Na, na —“ etwas ungläubig zuckte Gerda mit den Achseln.

„Ja, wirklich, Gerda, es ist ja,“ sagte Katharinchen eifrig, „willst du mich ärgern? Es ist ja, wie ich dir sagte; wir haben seit der Zeit nichts wieder voneinander gehört.“

„Qui s'excuse, s'accuse,“ dachte Gerda; laut aber sagte sie: „Dann ist's gut, ich glaube dir ja, liebste Käthe!“

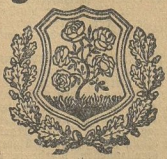
(Fortsetzung folgt.)

Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.
Bezugspreis wird monatlich festgesetzt.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten und die Zeitungsverleger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstellen, Zergangstr. 3, entgegen.
Im Füllen höherer Ordonn., Straß-, Verkehrs- und sonstiger Anzeigen, ist jeder Auftrag auf Bezahlung bezw. Rückzahlung des Bezugspreises.
Fernsprech-Anschluss Nr. 224.

Amtliches
Publikations-Organ



für Amts- und
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1. Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfennig, im Reklameteil 30 Goldpfennig, einseitig, umlaufend. Schmalere und tabellarischer Satz mit Aufschlag.
Anzeigenannahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 9 Uhr, Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.
Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbez. h. l.

Nr. 22. Sonnabend, den 18. Februar 1928. 31. Jahrg

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Im Reichstag wurde eine anderweitige Bestimmung der Pfändungsgrenze bei Lohn- und Gehaltspfändungen angenommen.
* Der Reichstag hat den Reichstag zehn Millionen für Zwangsrente bei Arbeitslosigkeit bewilligt.
* Die Vollversammlung hat den Verkauf deutscher und österreichischer Zeitungen auf den Straßen verboten.
* In Genf sollen die Beratungen der Vorbereitenden Arbeitskonferenz am 15. März beginnen.
* In Berlin haben Schlichtungsverbände im Reichsarbeitsamt im Reichsarbeitsamt Verhandlungen abgeschlossen.

Krisen im Volk — Krisen im Staat.

Wir leben in einer prozeßüberfüllten Zeit; die Gerichte arbeiten fieberhaft, um mit den Nachkriegs- und Inflationsländern allmählich wenigstens aufzuräumen, und sogar der ewige Darmat-Prozeß verpricht demnächst doch noch bis zum Urteil — erster Instanz natürlich! — zu gehen. Aber alle diese mehr das politische und das geschäftliche Gebiet betreffenden Prozesse werden weit in den Schatten gestellt durch die Tragödie des Steglitzer Schülermordprozeßes, der wie kein anderer in die tiefsten Unter- und Hintergründe des öffentlichen Lebens und der Beziehungen hineinleuchtet und deshalb mit seinen zahlreichen Nebenerscheinungen eine wahre Fundgrube für die Erkenntnis unserer heutigen gesellschaftlichen Zustände sein und bleiben wird.

Man könnte sich verhältnismäßig leicht mit den Erfahrungen dieses Prozesses abfinden, wenn man sagt, hier liegt nur ein Sonderfall vor: eine Familie, die in ungewöhnlicher und feinsinniger auch nur für bestimmte Kreise der großstädtischen Bevölkerung maßgeblicher Leichtfertigkeit ihr Haus besetzt oder vielmehr nicht besetzt und dadurch die eigenen Kinder in Not und Gefahr und durch diese wiederum andere junge Menschen und deren Angehörige in Unheil gebracht habe. Man dürfte man sich dabei beruhigen, mit der öffentlichen Aufmerksamkeit eines solchen Familienlebens, wie es nicht sein soll, ein weißlich-schwarzes Warnungssignal ausgerichtet zu haben. Aber die Familie Scheller sagt selber von sich aus, daß man sie in der Weltanschauung noch als pflichthaft verbrochen habe, weil sie in den Verbalten der Kinder von Zeit zu Zeit noch unheimlich genau einen Blick werfen hat. Und die Tatsache, daß diese jungen Leute unter den Augen der Sonne und der Nachbarschaft eine ganze Weile völlig ungestört sich ihrem Treiben hingeben konnten, bis ihm die Katastrophe einer durchscherten Nacht mit ihren blühenden Knabenleuten ein jähes Ende bereite, widerspricht gleichfalls der besonnenen Gewissenhaftigkeit, daß man auch hier nicht verallgemeinern dürfe. Meist, man soll sich nicht verallgemeinern, aber der aufreizenden Wirkung dieser Entstellungen aus einem modernen Familienleben kann sich kein fühlender Mensch entziehen; und in der Tat rühren sich ja allerwärts Verbände und Zweckvereinigungen, um wenigstens irgendwelche tröstlichen Lehren aus diesen Prozeßberichten zu ziehen oder darüber zu berichten, was man geschehen müsse, damit dem Profanen über dieser Zeitrantheiten Einhalt getan werde. Darüber bedarf es gewiß gar keines Beweises, daß unsere Jugend im ganzen nicht so beschaffen ist wie die traurigen Helden dieses Prozesses, die lebenden und die toten. Aber wir wollen, daß sie auch so nicht wird und daß alle die Ursachen, die den Ginter Scheller und den Hans Stephan und auch den Hans Kraus zu so furchtbaren Entstellungen der jungen Generation gemacht haben, beseitigt werden. Und so betäubend es ist, es muß doch hinzugefügt werden, daß auch die Handhabung der Justiz in diesem Falle leider sich nicht auf der Höhe ihrer Aufgabe gezeigt hat. Das gilt für die beteiligte Staatsanwaltschaft ebenso wie für die Verhandlungsführung und zuletzt auch für den Vertreter der Reichsanwaltschaft, der gerade im kritischen Augenblick seinen jungen Mandanten im Stich zu lassen für richtig gehalten hat. Hier wird es an allen Ecken und Enden die besorgende Hand anzulegen geben, wenn erst der Prozeß zu Ende geführt sein wird.

Einflussreich ist er an menschlichen, also menschlichen Unzulänglichkeiten geschweigt, genau so wie unsere Reichsregierung. Ein vor ziemlich genau einem Jahr begonnenes Experiment ist früher, als es eigentlich beabsichtigt war, zu Ende gegangen, und die Abgangszugung, die die beteiligten Parteien sich gegenseitig ausstellen und die ihnen insoweit von ihren politischen Gegnern ausgeübt werden, klingen nichts weniger als allmählich.

Wann wird gewählt?

Großwahltag in Aussicht.

Kabinettsberatungen.

Das Reichskabinett tagte Freitag von früh ab bis in die Abendstunden und beriet über die endgültige Festlegung des parlamentarischen Wahlprogramms, dessen Fertigstellung und Annahme durch die Parteien gleichzeitig Auffassung über den Termin der Reichstagswahlen bringen sollte. Großen Raum in den Kabinettsberatungen nahmen die landwirtschaftlichen Forderungen und Notwendigkeiten ein.

Sin und her.

io. Berlin, 17. Februar.

Das Sin und Her der politischen Verwirrung in Berlin nahm am Freitag mitunter beängstigende Formen an. Neben Augenblick wurden sowohl im Reichstag wie in den sonstigen politisch interessierten Kreise Gerichte zu Duzenden kolportiert, die sich einen Augenblick später als unrichtig herausstellten. Vormittags schon fuhr das Kabinett in seiner Dauerlösung mit der Verhandlung des Wahlprogramms fort, aber auch in den späteren Kabinettsberatungen dauerten diese Beratungen noch an. Im Reichstag kündigte der Präsident an, daß jedenfalls heute noch nicht die beschlossene Pause in den Arbeiten eintreten könnte. Unter Umständen müßte Sonnabend weitergearbeitet werden, wenn nicht erst in der Nacht die Arbeit aufgearbeitet werden müßte und dann ebenfalls der Schluss käme. Natürlich durch die Aufstellung der Forderungen nicht behobenen Meinungsverschiedenheiten der Parteien eintreten könnte. An der Nachprüfung sollte dann gegebenenfalls der Reichstag als Vorvorlage erledigt werden, ehe man sich zu Wahlarbeiten in den jeweiligen Heimorten begeben.

Es herrschte ebenfalls allgemeine Unruhe, da der Wunsch des Reichspräsidenten, die dringenden Arbeiten zu erledigen, auf feste Hindernisse stieß. Einerseits war die Rede von erheblichen Forderungen für die Landwirtschaft, die über die Bewilligungsbereitschaft sowohl der bisherigen Oppositionsparteien wie auch einzelner Mitglieder der Regierungsparteien hinausginge, auf die

So gilt es nun, die ganze Kraft zusammen auf die nächste Zukunft zu konzentrieren und einen neuen Reichstag aus den Wahlen hervorgehen zu lassen, der leichter Koalitionsbildungen ermöglicht, als sie in den letzten Jahren gelangen wollten. Die Linksparteien hoffen auf das Mehr von 30 Mandaten, das ihnen bisher gefehlt hat, um allein, aus eigener Kraft, die neue Regierung zu stellen und die Geschäfte in Preußen, ähnlich, wie sie es in Preußen seit vielen Jahren an, ohne Rücksicht auf abweichende Meinungen und Weltanschauungen zu führen. Die Rechtsparteien werden sich natürlich gegen die ihnen zugedachte Entmachtung nach Kräften zur Wehr setzen — nur kann man vorläufig noch nicht recht wissen, in welcher Schlichtordnung sie ihrerseits in den Wahlkampf hineingehen wollen. Denn zwischen Deutschen und Deutscher Volkspartei ist plötzlich ein breiter Riß entstanden, und das Zentrum, das bei den Wahlfällen gleichzeitig vorzunehmenden Preußenwahlen die dortige Koalition mit den Sozialdemokraten zu verteidigen und zu erneuern haben wird, ist im Reich unterdessen in eine weltanschauliche, Stimmung- und Kampfgemeinschaft mit den Deutschen Nationalen hineingeraten. Es wird für die Parteien nicht ganz einfach sein, die Wähler im Lande über die sich so ergebenden politischen Zusammenhänge und Gegensätze einigermaßen erleuchtend zu orientieren. Dr. Sp.

Regierungsdenkchrift über Splitterparteien.

Reich und Länder.

Die vor einiger Zeit angekündigte Denkchrift der Reichsregierung über die Splitterparteien ist jetzt den Parteien zugegangen. Zur Grundlage werden das Reichstagswahlrecht und die Wahlrechtsbestimmungen in den einzelnen Ländern gemacht. Dann folgen Angaben darüber, ob bei Einreichung der Wahlrechts-Gesamtsanträge gefordert, ob amtliche Stimmzettel eingeführt und ob und wie die Parteien zu deren Kosten herangezogen werden.

Kautionen sind gefordert für die neuen Parteien in Mecklenburg-Schwerin 3000 Mark, in Hessen 5000 Mark, in Mecklenburg-Strelitz 2000 Mark und in Sachsen 3000

aber die Deutschnationalen nicht bezichtigen zu können glauben. Ferner sprach man von der aus dem Zentrum gekommenen Meinung, Reichstags- und Preußenwahlen auf den gleichen Termin fallen zu lassen. Hier tauchte sofort auch der preussische Etat auf, der auch noch nicht erledigt ist und über dessen Fertigstellung man bei einer baldigen Aufstellung des Preußenparlaments hoffen konnte. Weiter soll auch der Wunsch ausgedrückt worden sein, die Landtagswahlen in Bayern mit den Reichs- und Preußenwahlen zu verbinden. Alles das war etwas viel auf einmal und man muß sich denken, daß selbst in dem finsternen Abgeordnetenrat die Dinge etwas durcheinandergingen. Eines ist sicher: daß die Reichstagswahlen bevorstehen. Wann und wie, ließ sich Freitag nachmittag noch nicht übersehen. In der sozialdemokratischen Presse war schon die Rede von irgend-einem Märztag, andererseits wurde wieder am April oder Mai gesprochen.

Alles wartete gespannt auf die für abends angelegte Entscheidung des Reichskabinetts. Die Meinung war überall die: Falls irgendeine Einigung über die Erledigung des Wahlprogramms nicht herbeigeführt werden könnte, müßte die Aufstellung des Reichstages sofort erfolgen. Die sozialdemokratische Fraktion hat erklärt, sie würde den Etat mit verabschieden, bedingte sich aber aus, daß die bisherigen Regierungsparteien Anträge auf Erhöhung von Positionen im Etat selbst und im Nachtragsetat von 1927 nicht stellen werden; das Landtagsgesetz und auch ein Überleitungs-gesetz für den Wahlrechtsreform wollte sie annehmen.

Interessant war noch eine amtliche Mitteilung, nach der Reichspräsident von Hindenburg freigesprochen wurde, er würde sich mit dem Ansehenabgeben des Reichstages nicht einverstanden erklären. Einem Antrag auf die Einsetzung eines Reichspräsidenten, der die Wahlrechte der Demokraten gegen die Sozialisten zu verteidigen habe, wurde sich, wie es scheint, nicht ge-

Einheits- Land die reufen 500, den zwei im Wahl- sson 7000, entburg 20, Lippe 30, Schaum- h. Schaum- in Parteien der Fanz- die Wahlkrei- und beifiger- reichs- und und Sänt- an Partei- an Bauern- partei zusammenge- schlossen. Alle drei Abgeordneten ge- hören bisher der Deutschen Nationalen Partei an, Abg. Dörrich vertritt den Wahlkreis 12 (Eßlingen), Abg. Dörich ist im Wahlkreis 33 (Hessen-Nassau) gewählt.

Das deutsche Eigentum in Amerika.

Amerikas Gegenansprüche.

Die Beratung der Freigabe für das ehemals feindliche Eigentum, die vom Amerikanischen Senat angenommen wurde, wurde durch eine Rede des Senatspräsidenten Smoot eröffnet, in der er zunächst darauf hinwies, daß die Vorlage nunmehr endlich erledigt werden müsse, damit die Ansprüche der amerikanischen Bürger an die deutsche Regierung erledigt und das so lange juristisch ungelöste deutsche Privateigentum zurückgegeben werden könnten. Die Ansprüche amerikanischer Bürger betragen 191 700 000 Dollar, ungerichtet die Forderungen der Regierung der Vereinigten Staaten in Höhe von 62 200 000 Dollar, die die Freigabe als unanfechtbar anerkannt ist.